

Brandanschlag auf jüdisches Gemeindehaus in Graz - Ermittlungen laufen!

Anschlag auf jüdisches Gemeindehaus in Graz: Täter festgenommen, steigender Antisemitismus in Österreich besorgt.



Graz, Österreich - In der Nacht vom 25. auf den 26. Mai 2025 wurde das Gemeindehaus der jüdischen Gemeinschaft in Graz Ziel eines Anschlages. Gemäß Berichten von **OTS** führte ein französischer Staatsbürger, wohnhaft in Graz, die Tat aus, indem er einen Gegenstand auf die Synagoge schleuderte. Dabei wurde die Zutrittsanlage erheblich beschädigt. Der Täter wurde vor Ort von den Sicherheitskräften festgenommen, jedoch steht eine Einvernahme noch aus, sodass die Hintergründe des Angriffs weiterhin unklar sind.

Elie Rosen, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde für

Salzburg, Steiermark und Kärnten, äußerte sich besorgt über die steigende Aggressivität gegenüber jüdischen Einrichtungen und der Gemeinschaft insgesamt. Laut Rosen werden antisemitische Hassmails immer häufiger verschickt. Zudem wird häufig die Situation in Israel als Motiv für solche Taten genannt.

Steigende Antisemitismus-Bedrohungen

Die jüngsten Ereignisse in Graz sind Teil eines alarmierenden Trends. Wie **Die Presse** berichtet, hat die österreichische Regierung reagiert, indem sie alle Synagogen rund um die Uhr bewachen lässt. Innenminister Karl Nehammer bezeichnete die Angriffe als direkten Angriff auf die Grund- und Freiheitsrechte Österreichs. Die Bedrohungen und Beleidigungen gegen jüdische Personen steigen unaufhörlich.

Ein weiterer Vorfall betrifft einen 31-jährigen syrischen Staatsbürger, der 2013 als anerkannter Flüchtling nach Österreich kam. Er gestand Angriffe auf Rosen sowie mehrere Sachbeschädigungen, darunter die Grazer Synagoge. Nehammer nannte ihn einen „radikal-islamistischen Antisemiten“ und homophob aufgrund seiner ausgesprochenen Abneigung gegen Israel, Juden, Schwule und Lesben. Ein Asyl-Aberkennungsverfahren wurde gegen ihn eingeleitet. Die Sicherheitsmaßnahmen werden durch zusätzliche Überwachung und eine Arbeitsgruppe im Innenministerium verstärkt.

Regierungsmittel gegen Antisemitismus

Der Antisemitismus stellt ein zentrales Anliegen der österreichischen Bundesregierung dar. Laut **Bundeskanzleramt** hat Österreich eine besondere Verantwortung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft, vor allem angesichts der Gräueltaten des NS-Terrorregimes. Der Anstieg antisemitischer Vorfälle ist besorgniserregend; 2023 wurden 1.147 Vorfälle dokumentiert, was einem Anstieg um 59,5 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Ein Großteil dieser Vorfälle, nämlich 769, ereignete sich im Internet. Die österreichische Regierung hat unter anderem die Nationale Strategie gegen Antisemitismus (NAS) ins Leben gerufen, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus umfassen. Bis Januar 2023 wurden bereits 26 der insgesamt 38 geplanten Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Lage für jüdische Gemeinden in Österreich ernst ist und dringende Maßnahmen erfordert. Der Kampf gegen Antisemitismus bleibt eine wichtige Herausforderung für die Gesellschaft, die durch zahlreiche Angriffsfälle und eine konstante Bedrohung geprägt ist.

Details	
Vorfall	Vandalismus
Ursache	Antisemitismus
Ort	Graz, Österreich
Festnahmen	2
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.diepresse.com• www.bundeskanzleramt.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at